

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 L.

Inserate
pro dreizehntägiger Zeit 60 Pf.
für Verbandsmitglieder 40 Pf.
Stellenangebote 40 Pf. Veram-
mlungsanzeigen 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 34.

Berlin, den 20. August 1916.

32. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 34. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Zahlstelle Gießen-Weimar ist infolge der durch den Krieg kleiner gewordenen Mitgliederzahl eingegangen. Die noch vorhandenen Mitglieder sind als Einzelmitglieder dem Gau 11 überwiesen.

2. Von dem Buche: **Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis**, das vom Redakteur des „Correspondenzblattes“, W. Jansson, herausgegeben wurde, und in dem fünfzehn bekannte Gewerkschaftler ihre Ansicht über das Interesse der Arbeiterschaft am Kriegsausgang darlegen, haben wir noch eine kleine Anzahl vorrätig. Wir stellen diese finanziell schwachen Zahlstellen für ihre Bibliotheken unentgeltlich zur Verfügung und eruchen diejenigen Zahlstellen, die ein solches Buch zu haben wünschen, um entsprechende Mitteilung bis zum 28. d. M.

Die vorhandenen Bücher werden wir unter den sich meldenden Zahlstellen verteilen, können also bei Eingang vieler Meldungen nicht allen diesen Zahlstellen Erfüllung ihres Wunsches zusagen.
Der Verbandsvorstand.

Volksernährung durch zwangsweise Massenpeisungen.

Augenscheinlich gestaltet sich die Ernährung des deutschen Volkes bei einer längeren Dauer des Weltkrieges immer schwieriger, und die Frage, welche Maßregeln zu ergreifen sind, damit wir den kommenden Winter überleben, wird immer brennender. Während die ländliche Bevölkerung im allgemeinen verhältnismäßig noch leidlich versorgt ist, haben sich in den Städten und Industriegebieten geradezu haarsträubende Zustände entwickelt, in bezug auf die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Milch, Fleisch und Fett sind die Verhältnisse unhaltbar geworden und schreien dringend nach Abhilfe. Der Notstand der Stadtbevölkerung ist hinreichend bekannt, weshalb es sich erübrigt, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Am schlimmsten ist, daß alle Bemühungen, diesen Notstand zu beseitigen, bislang erfolglos geblieben sind. Daß dadurch die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Volksmassen aufs schwerste gefährdet wird, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Um die Massennot zu lindern, haben schon seit längerer Zeit mehrere Großstädte damit begonnen, Zentralküchen einzurichten, aus denen die unversorgten Volksschichten und besonders die durch den Krieg in Mitleidenhaft gezeugenen Familien mit einem warmen Essen versorgt werden. Diese Massenpeisungen, die hier und da einen großen Umfang angenommen haben — in Hamburg z. B. werden täglich annähernd 200 000 Portionen ausgegeben und in Berlin wird diese Zahl demnächst noch weit überschritten werden —, tragen den Charakter von Wohltätigkeitseinrichtungen und sind ausschließlich für die bedürftigen Volksschichten bestimmt. Die Gemeinden leisten bedeutende Zuschüsse, weshalb vorausgesetzt wird, daß alle jene Leute, die es nicht nötig haben, die Kriegsküche nicht

in Anspruch nehmen, sondern sich nach wie vor in ihrer Familie oder in privaten Speisehäusern befristigen.

Da im Laufe der Zeit die Lebensmittelversorgung auch in den bessergestellten Bevölkerungskreisen immer schwieriger geworden ist, so ist der Gedanke erörtert worden, ob es nicht zweckmäßig sei, auch diese Kreise gegen eine entsprechend höhere Zahlung an der Massenpeisung teilnehmen zu lassen oder vielmehr für diese Kreise besondere Zentralküchen zu errichten. Das heißt also, ob es nicht angebracht sei, Mittelstandsküchen ins Leben zu rufen, die jeder in Anspruch nehmen darf, der Lust hat. Dieser Plan ist bereits hier und da verwirklicht worden, in einigen Städten sind derartige Einrichtungen geschaffen worden und in anderen geht man mit der Absicht um, solche Küchen einzurichten. Darüber hinaus wird nun neuerdings die Forderung erhoben, das System der freiwilligen Massenpeisungen sei nicht imstande, die Volksernährung zu gewährleisten, es sei vielmehr notwendig, daß jedermann herangezogen und verpflichtet werde, seinen Bedarf an warmen Speisen in den Gemeindefküchen zu decken. Mit anderen Worten: die Kriegsküche müsse aus einer Wohltätigkeitseinrichtung für Notleidende zu einer Zwangseinrichtung für die Gesamtheit werden. Der auszuübende Zwang ist nun nicht etwa als ein gesetzlicher Zwang aufzufassen, sondern er soll dadurch bewirkt werden, daß seitens der Gemeinden sämtliche Nahrungsmittel, die zur Herstellung warmer Speisen dienen, auf gekauft und in den Zentralküchen verwendet werden, wodurch die Möglichkeit, warme Speisen im Einzelhaushalt zuzubereiten, ganz von selbst wegfällt. Heute liegt nun die Sache so: die Notwendigkeit, große Massen des Volkes mit warmen Speisen zu versorgen, wird von niemandem mehr bestritten, es handelt sich nur noch darum, wie diese Massenpeisungen ausgestaltet werden sollen, in bezondere um die Frage, ob die Benutzung der Kriegsküchen ins Belieben des einzelnen gestellt oder einem Zwange unterworfen werden soll.

Vor kurzem hat der bekannte Volkswirtschaftler Richard Calver ein interessantes Buch herausgegeben, das diese Streitfrage eingehend erörtert, wobei er zu dem Ergebnis gelangt ist, daß nur die zwangsweise Durchführung der Massenpeisung in allen Städten mit über 5000 Einwohnern das Durchhalten im kommenden Winter ermögliche. Es kommen hier 1300 Städte mit rund 32 Millionen Menschen in Betracht, für die also die obligatorische Massenpeisung ein- und durchzuführen sei, da das bisherige Verteilungs- und Ernährungssystem völlig Schiffbruch gelitten habe.

Diese seine schwerwiegende Behauptung stützt Calver auf umfangreiche statistische Aufmachungen und Berechnungen und auf eine kritische Beleuchtung des bislang eingeschlagenen Weges. Er behauptet, es könnten in unserem Lande nicht genügend Nährstoffe erzeugt werden und die Zufuhr sei so gering, daß es nicht möglich sei, bei der bisherigen Verteilungs- und Ernährungsweise einem jeden Menschen auch nur das Mindestmaß von dem zu gewährleisten, was er zu seiner Ernährung gebrauche. Dies treffe besonders zu auf die tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse, wie Fleisch, Wurst und Fett, Milch, Butter und Eier, Kartoffeln, Gemüse und Früchte, die den hauptsächlichsten Teil unserer warmen Speisen ausmachen. Ueberdies werde durch das bestehende System der Verteilung, das fast ausschließlich und rein mechanisch nur die Kopfzahl berücksichtige, aber die Unterschiede des Alters, des Geschlechts, des Körpergewichts, der Körperbeschaffenheit, der beruflichen Tätigkeit und der gewohnten Lebensweise außer acht lasse, die gesunde Ernährung des deutschen Volkes nicht etwa gesichert, sondern in

höchstem Grade gefährdet. Es würde die Beschaffenheit der Verdauungsorgane und die Größe des Stoffwechsels, zwei wichtige Faktoren für die menschliche Ernährung, gar nicht berücksichtigt, und deshalb sei es grundsätzlich ein Unding, das Quantum Nahrungsmittel für alle Menschen gleich zu bemessen. Der eine Mensch mit kräftigem Magen hole die nötigen Nahrungsstoffe aus einer kompakten Speise, ein anderer brauche zu seiner Ernährung eine leichtere, nahrhaftere Speise, der eine sei an Fleischgenuß gewöhnt, der andere an Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Weißbrot. Eine mechanische Rationierung nach der Kopfzahl könne auf die persönlichen Verhältnisse und Bedürfnisse des einzelnen keine Rücksicht nehmen, sie schade also die gesundheitliche Entwicklung und das körperliche Wohlbefinden aller aufs schwerste. Diese Behauptung erscheint uns durchaus zutreffend, jedermann kann sich leicht durch die eigene Beobachtung und durch eine Umfrage in Bekanntenkreisen von ihrer Richtigkeit überzeugen.

Calver unterstützt seinen Vorschlag noch durch andere Gründe. Die auf den einzelnen fallenden Rationen an Nahrungsmitteln seien vielfach minderwertig und meistens so winzig, daß eine zweckmäßige, rationelle Verwendung in einem kleinen Haushalt als ausgeschlossen ercheine. Das Uebel werde noch dadurch verschlimmert, daß auch die Zubereitung der Speisen im Einzelhaushalt immer schwieriger werde, weil es an den erforderlichen Zutaten fehle. Selbst in den Mittel- und Oberschichten wüchsen die Schwierigkeiten in der Herstellung nahrhafterer Speisen, und diese Schwierigkeiten würden noch mehr zunehmen, je genauer die Bestandsaufnahmen durchgeführt und je unerträglicher der Hunger ein Niesel vorgehoben werde. Außerdem müsse man noch den ungeheuren Verlust an Zeit und den erheblichen Aufwand an Mühe in Betracht ziehen, den das Beschaffen der Lebensmittel durch die Hausfrauen verursache, von dem dabei herauspringenden Neger ganz abgesehen. So bleibe denn nichts anderes übrig, als daß die Herstellung der warmen Speisen im Einzelhaushalt aufhöre und von den Gemeinde-Zentralküchen übernommen werde.

Durch die zwangsweise Massenpeisung lassen sich, nach der Meinung Calvers, die Mängel des heutigen Systems beseitigen. Eine Zentralküche in Deutschland läuft durch sachverständige Personen die gesamten Nahrungsmittel auf und überwacht der einzelnen Gemeinde ihren jeweiligen Bedarf. Dadurch wird den Hausfrauen die quälende Sorge um die Beschaffung der Nahrungsmittel abgenommen und den Preissteigern und Kriegswuchern wird durch eine Zentralisation des Einkaufs das Handwerk gelegt. Die Zubereitung der Speisen geschieht in Zentralküchen, wobei selbstverständlich die bestehenden Küchen in den Speisehäusern, Kantinen usw. mitbenutzt werden. Als Küchenpersonal werden alle die Personen beschäftigt, die durch das neue System erwerbslos geworden sind. Eine scharfe Kontrolle und eine genaue Kalkulation sind allerdings die Vorbedingungen des Erfolgs.

Besonders wird es möglich sein, durch die Einführung der zwangsweisen Massenpeisung die Einförmigkeit der Ernährung durch eine reiche Abwechslung in den Speisen zu erzielen. Es wird nämlich nicht daran gedacht, daß alle Menschen „aus einem Topfe“ essen sollen, und daß eine „kommunistische Massenabfütterung“ eingeführt werden soll, es besteht vielmehr die Absicht, Zentralisation mit Bieseitigkeit zu verbinden. Zu dem Zwecke werden die verschiedenartigen Speisen zu verschiedenen Preisen hergestellt und jeder Teilnehmer wählt sich unter Berücksichtigung seines Magens und seines Geldbeutels die Speise aus, die ihm zusagt, so daß das Goethewort: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen“, auch auf die Zentralküchen zutrifft. Natürlicherweise muß für die kleinen Kinder, die Kranken und die alten Leute besondere Vorsee ge-

troffen werden. Im übrigen ermöglicht die Zentralisierung der Volksernährung einen reichhaltigeren Speisetzettel, eine viel bessere Ausnutzung der vorhandenen Nährstoffe und eine Verbilligung der Speisen durch Vermeidung jeglicher Materialverschwendung und Kräftezerpflünderung. Allerdings werden sich auch bei diesem neuen System mancherlei Mängel und Unzulänglichkeiten einstellen, von denen ja keine menschliche Einrichtung frei ist, aber der Gedanke, daß alle davon betroffen werden, wird ausgleichend wirken. Vor allen Dingen aber wird eine Verbilligung der gesamten Bevölkerung eintreten, wenn jeder einzelne weiß, daß er seine verhältnismäßige Portion bekommt, und dies wird uns ohne Zweifel das so notwendige Durchhalten auch bei einer noch längeren Dauer des Krieges wesentlich erleichtern.

Erfklärlicherweise sind gegen das System der zentralisierten Massenpeisung von den verschiedenen Seiten Einwendungen erhoben worden. Vor allen Dingen wird der Zwang bekämpft als ein unberechtigter und unerträglich Eingriff in die Familienverhältnisse und als eine unerhörte Beschränkung der freien Bedarfsbestimmung. Was es mit diesem Einwurf auf sich hat, ergibt sich aus dem, was wir bereits gesagt haben; er geht von durchaus falschen Voraussetzungen aus und ist deshalb hinfällig. Gerade das neue System soll einer Uniformierung der Ernährung vorbeugen und eine wünschenswerte Abwechslung in den Speisen schaffen. Es verfolgt rein wirtschaftliche Zwecke und kümmert sich nicht um andere Dinge. Ein zweiter Einwurf, der gemacht wird, besagt, es sei ein Irrtum zu glauben, daß eine Zentralküche die Speisen billiger zu liefern imstande sei, als die Einzelküchen dies vermöchten. Eher sei das Gegenteil der Fall. Die Zentralküchen arbeiten mit bezahlten Arbeitskräften, während die Hausfrauen unbezahlte Arbeit liefern. Die Einrichtung der Zentralküchen verschlinge ungeheuerer Geldsummen und sei nach dem Kriege wertlos geworden, während die zahlreichen Einzelküchen unbenutzt daliegen. Es sei ferner keine nennenswerte Ersparnis an Material in einem Massenbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben zu erzielen, da die Kochherde in den kleinen Wohnungen im Winter gleichzeitig die Erwärmung der Wohnung besorgen, im Sommer könne man durch Benutzung der Kochstelle viel Heizmaterial und Arbeit sparen. Endlich sei es ein Irrtum anzunehmen, daß in den Zentralküchen sparsamer gewirtschaftet werden könne als in den Einzelküchen, da sich eine genaue Ueberwachung und Organisation der einzelnen Küchen nicht durchführen lasse. Wie weit diese Behauptungen zutreffen, kann erst die Erfahrung lehren und soll hier unterschieden bleiben. Im wesentlichen kommt es auch gar nicht auf die größeren oder geringeren Kosten an, sondern der Punkt, um den sich alles dreht, ist die Frage, ob Ealtoer mit seiner Berechnung recht hat, daß ohne Einführung der zentralisierten Massenpeisung die Ernährung des deutschen Volkes auf die Dauer unmöglich sei. Ist diese Behauptung richtig, und es scheint, als ob sie viel für sich hat, so müssen alle anderen Bedenken zurücktreten und die obligatorische Massenpeisung muß, allen Hindernissen zum Trotz, mit möglicher Beschleunigung ein- und durchgeführt werden. Ist sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit, so wird sie sich wie alle Notwendigkeiten durchsetzen. Hoffentlich erleidet diese Maßregel nicht das gleiche Schicksal, von dem die meisten beherrschenden Maßnahmen betroffen worden sind, daß sie nämlich erst kommen, wenn es schon zu spät ist.

J. Lauffötter (Hamburg).

Wie sie das Vereinsgesetz unwirksam machen wollen.

So ganz nebensächlich, wie es manche hinstellen belieben, scheint die Abänderung des Vereinsgesetzes zugunsten der Gewerkschaften denn doch nicht zu sein, denn sonst würden die Unternehmensorgane sich nicht so eifrig bemühen, sie unwirksam, d. h. den Gewerkschaften den Erfolg ihrer Werbetätigkeit unter den jugendlichen Arbeitern unmöglich zu machen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ schlug schon in ihrer Nummer vom 11. Juni den Ton eines um das Wohl der jugendlichen besorgten Jugendfreundes an und warf die Frage auf: „Wer trägt die Verantwortung für Lehrlinge und Jugendliche?“ gegenüber der nach ihrer Ansicht natürlich unheilvollen gewerkschaftlichen Erziehung der Jugend. Unter Berufung auf „Berufslöhnen, Ehre, Vermögen, Verantwortung vor Mitmenschen, vor dem Beruf, vor Kirche, Gewissen, Gott und auch vor den Gesetzen des Staates“ wurden dann als die Verantwortlichen für die Jugend nach-natürlich und gesetzmäßig Werden die Arbeitgeber bezeichnet. Je härter jedoch solche Bestimmungen zu sein pflegen, um so mehr macht sich der Ber-

dacht geltend, daß dahinter ganz andere Beweggründe zu stehen pflegen, zumal wenn mit keinem Worte davon die Rede ist, wie gern oftmals die Jugendlichen bei Lohnbewegungen unter Mißachtung der Arbeiterschlüßregeln zu Hausverdiensten für das Kapital gegen ihre eigenen Brüder und Väter mißbraucht werden.

Eigentümlicherweise, vielleicht vorzichtigerweise unterließ aber die „Arbeitgeberzeitung“, bestimmte Vorschläge für ihre „jugendfreundlichen“ Pläne zu machen. Wahrscheinlich erschien es ihr, als der strengen Hütern der Gesetzlichkeit, etwas bedenklich, auf offenem Markte Lehren zu erteilen, wie ein eben beschlossenes Gesetz am leichtesten unwirksam gemacht werden könnte. Dafür gibt es ja auch noch andere Mittel, die ihr Ziel ebenso sicher, aber weniger auffällig erreichen.

Und bei den innigen Beziehungen, die zwischen den Vereinigungen des Großkapitals und denen des Mittelstandes bestehen, liegt vielleicht ein gewisser Zusammenhang darin, daß am 21. Juni d. J. der „Reichsdeutsche Mittelstandsverband“ in Leipzig ein Rundschreiben verfaßte mit einer Anlage: „Was bringt uns die Änderung des Vereinsgesetzes?“, in welcher letzterem zunächst die Reichstagsdebatten über das Vereinsgesetz einer eingehenden Würdigung unterzogen und sodann Vorschläge gemacht wurden, wie man dem Gesetz ein Schnippchen schlagen könne. „Damit die Gefahren dieser Gesetzesänderung für die Jugend abgewendet werden“. Auf Grund der §§ 127 und 127a, wonach der Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen ist, kommt der Mittelstandsverband nicht nur dazu, dem Lehrherrn das Recht zuzuschreiben, dem Lehrling zu verbieten, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, sondern auch dem Fabrikanten nahezu legen, die jugendlichen Arbeiter „durch einen Vertrag, etwa in der Form einer Werkstatt- oder Fabrikordnung, vom Anschluß an die Gewerkschaften fernzuhalten“. Doch hören wir die eigenen Worte der Mittelständler zur Anwendung „der furchtbaren Gefahr“, welche nicht nur den Berufsständen, sondern „unserem gesamten Volke“ droht:

„Der Lehrherr übt also dieselbe Gewalt aus, die einem Vater über seinen Sohn zusteht. Kraß dieser Gewalt kann er beispielsweise dem Lehrling verbieten, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Nach den Erklärungen des Vertreters der Reichsregierung soll diese Möglichkeit, wenn wir sie richtig verstanden haben, ausdrücklich offengehalten werden. Freilich hat der Regierungsvertreter von einer Beschränkung des Koalitionsrechts der Jugendlichen „durch Vertrag“ gesprochen. Wir nehmen aber an, daß er hiermit Gewerbetreibende, auf die die vorgenannten Paragraphen zutreffen, die also Lehrlinge im Sinne des Gesetzes beschäftigen, nicht im Auge hatte. Vielleicht hat er gedacht an diejenigen Betriebe, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, auf die ja die vorgenannten Paragraphen nicht Bezug haben. Diese würden also durch einen Vertrag, etwa in der Form einer Werkstatt- oder Fabrikordnung, vom Anschluß an die Gewerkschaften ferngehalten werden können. Das Handwerk und übrigens selbstverständlich auch der kaufmännische Mittelstand werden in Ruhe überlegen müssen, welche Maßnahmen sie treffen, um die bestehenden Möglichkeiten möglichst allgemein in unserem Vaterlande auszunutzen. Denn die selbständigen Erwerbsleute, die mit der Verantwortung für ihre Betriebe, für ihr Personal und für ihre eigene Existenz bis oben vollgepackt sind, erkennen, welche eine furchtbare Gefahr nicht nur für ihre Berufsstände, sondern für unser gesamtes Volk es haben würde, wenn die Jugendlichen und die Lehrlinge während der Zeit, wo sie ihren Beruf und Gehorsam lernen müssen, in das Gebiete der Gewerkschaften hineingerissen werden. Und daß die Gewerkschaften die feste Absicht haben, die Jugendlichen bei Lohnkämpfen zu verwenden, das offenbaren die vorstehenden Ausführungen aus den Reichstagsverhandlungen. Sorgen die selbständigen Betriebsleiter nicht schleunigst für das Notwendige, so werden sie sich nicht zu wundern brauchen, wenn hernach bei Lohnkämpfen auch die Lehrlinge gezwungen werden, zu streiken. Daran möge jeder Handwerker und jeder Kaufmann denken in dieser Zeit, wo er mit beschließen muß, welche Maßnahmen zum Schutze gegen dieses unheilvolle Gesetz getroffen werden sollen.“

Wenig ist der Einfluß der Mittelständler kein großer, aber es wäre nicht ausgeschlossen, daß sie nur das ausgesprochen haben, was die Unternehmer im allgemeinen auszuführen gedenken. Und da heißt es nicht nur für die Gewerkschaften, scharf Auslug zu

halten, sondern auch rechtzeitig die Eltern auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche ihrem Nachwuchs männlichen und weiblichen Geschlechts besonders als jugendliche Arbeiter droht, wenn sie durch Verträge oder Arbeitsordnungen irgendwelcher Art veranlaßt werden sollen, auf ihr gutes Recht der gewerkschaftlichen Organisation und damit auf eine Mitbestimmung über ihre Arbeitsbedingungen zu verzichten.

Aus unserem Beruf.

Ein Urteil über die Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes. Im Wahlteit des Archivs für Buchbinderei, Verlag von Wilhelm Knapp in Halle, hat einer der feinstimmigsten Kenner des Bucheinbandes und seiner Technik, Herr Dr. Bogena, eine Besprechung der Geschichte unseres Verbandes veröffentlicht, die wir um deswillen hier anführen möchten, weil sie auch für unsere Kollegen, besonders für unsere jüngeren Kollegen, von großer Wichtigkeit ist. Es ist nämlich anzunehmen, daß die im Verlag unseres Verbandes erschienene „Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes von Emil Kloth“ in unseren Kollegentreisen lange nicht so gelesen wird, wie sie es verdient. Das ist um so bedauerlicher, als die genaue Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte und die technische Entwicklung der Buchbinderei für jeden eine unbedingte Notwendigkeit ist, der sich für seinen Beruf interessiert oder gar werdend für den Verband tätig sein will. Eine solche Kenntnis weckt ganz besonders jenes Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Beruf und den Berufsgenossen, wie wir es in viel ausgeprägter Art als bei uns bei den Buchdruckern antreffen.

Nachdem Herr Dr. Bogena einleitend lobend das vom Verfasser benutzte reichhaltige Quellenmaterial erwähnt und erklärt hat, daß man der Tendenz des Werkes, das den Arbeiterstandpunkt vertritt, nicht zustimmen brauche, kommt er zu folgendem Urteil:

„Mag man in der Beurteilung von Einzelfragen oder Gesamten des Werkes die Ansicht des Herrn Verfassers nun teilen oder nicht, jedenfalls wird man ihm zugestehen müssen, daß er gründlich gewesen ist und, soweit das der von ihm eingenommene Standpunkt und sein eigentliches Thema verlangten, Genauigkeit und Vollständigkeit erreichte.“

„Die Arbeiten zur buchgewerblichen Wirtschaftsgeschichte sind nicht zahlreich. Für die der Buchbinderei gibt es wohl einige gute Sonderuntersuchungen, aber an ein grundlegendes Werk ist solange nicht zu denken, als uns die ältere Zeit so unbekannt bleibt, wie sie es jetzt ist. Hier wäre noch eine ähnliche Arbeit zu leisten, wie sie für die „Geschichte des deutschen Buchhandels“ geleistet worden ist. Ich kenne kein anderes Werk, auch nicht in einer anderen Sprache, das so eingehend selbst nur einen bestimmten Teil dieser Wirtschaftsgeschichte behandelt wie das vorliegende, das alle, die für die Buchbinderentwicklung Teilnahme haben, geleiten haben sollten, mögen sie nun, wie gesagt, den Ansichten des Verfassers beipflichten oder nicht.“

Auf Grund eines solchen gleich objektiven Urteils wäre es wohl angebracht, wenn sich unsere älteren Kollegen sowie die Zahlstellenverwaltungen beiseitigen, unserer Jugend aus der Geschichte unseres Verbandes die nötigen Kenntnisse über die Entwicklung der Buchbinderei und ihrer Nebenzweige zu übermitteln. Geschiehe das mit Lust und Liebe beispielsweise bei den Lehrlingen im letzten Lehrjahre oder nach ihrer Ausleihe, so glauben wir sicher auf die Aufmerksamkeit unserer jungen Leute — zu denen wir auch unsere jugendlichen Arbeiterinnen zählen — rechnen zu können, da das Thema durchaus kein trodenes ist, sondern bei einigem Geschick zu einem sehr lebendigen gestaltet werden kann. Ohne Zweifel wäre eine solche Bereicherung ihres Wissens für unsere Jungmannschaft viel zuträglich, als wenn man sie, wie es neuerdings leider hier und da versucht wird, mit unklaren Ideen vollstopft und sie sogar in die politischen Streitigkeiten freventlich hineinzerrt.

Der Nachruf als Scherzartikel. Auch die „christlichen“ „Graphischen Stimmen“ haben dem Kollegen Adam Dietrich einen Nachruf gebracht, allerdings in ihrer satirisch bekannten Art. Es zeugt zweifellos von einer merkwürdigen Geistesverfassung, den Bürgerfrieden zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, der, soweit wir übersehen können, im allgemeinen von allen Richtungen möglichst gewahrt wird, zwar theoretisch zu fordern, aber fortgesetzt durch unwahre Polemiken zu stören, wie dies seitens der „Graphischen Stimmen“ geschieht. Selbst der Tod unseres ehemaligen Verbandsvorsitzenden muß diesem „christlichen“ Organ dazu dienen, unter dem Schein der Totenehrung die Lebenden zu verleunden.

Wir haben seit langem die Anrempelungen unbeachtet gelassen und denken dies auch in Zukunft zu tun, nur in diesem Falle müssen wir eine Ausnahme machen und kurz darauf hinweisen, wie selbst der Tod diese Art von „Christen“ nicht abhält, die geschichtliche Wahrheit in unerhörter Weise zu vergermaßen.

Wir hatten in unserem Nachruf auf den stolzen Adam Dietrich u. a. dessen aufläuternde Anweisungen zur praktischen Arbeit unter den jungen Kollegen oder, wie es wörtlich hieß, „unter uns jungen Kerlen“, während der Zeit des Sozialistengesetzes chrend gedacht. Was macht aber der Märchenzähler der „Graphischen Stimmen“ daraus? — Lassen wir ihn selbst zum Wort kommen, indem wir seine besaglichen Ausführungen wörtlich wiedergeben:

„Die Erkenntnis, daß manchen von den „jungen Kerlen damals“ unumgänglich philosophische Probleme durch den Kopf brausten, ist allerdings erst neueren Datums. Denn als Dietrich seinerzeit gegen „diese jungen Kerle“ auftrat, lud er sich deren Zorn auf sein Haupt, was einige Jahre später dazu führte, daß der Sitz des Verbandes von Stuttgart nach Berlin verlegt und dem Vorsitzenden Dietrich das Verbleiben im Amte verweigert wurde.“

Erfstens ist es unwar, daß Dietrich den Zorn der „jungen Kerle“ auf sein Haupt lud, und erst recht unwar ist, daß dies „einige Jahre später“ dazu führte, daß der Sitz des Verbandes von Stuttgart nach Berlin verlegt und dem Vorsitzenden Dietrich das Verbleiben im Amte verweigert wurde, weil jene Strömungen während des Sozialistengesetzes mit der Sitzverlegung nach Berlin auch nicht das geringste zu tun hatten. Denn die Zeit, die wir im Auge hatten, waren die Jahre 1885 und 1886, also 19 bzw. 18 Jahre vor der Sitzverlegung, und selbst das Sozialistengesetz fand nicht „einige Jahre“ vor der Sitzverlegung sein Ende, sondern genau 14 Jahre vorher, am 1. Oktober 1890. Außerdem ist in unserem Nachruf ausdrücklich der Grund der Sitzverlegung angegeben: Verchiebung des Schwerpunktes der Buchbinderbewegung nach Nord- und Mitteldeutschland. Diese Verchiebung war einestheils wirtschaftlichen Ursachen, aber auch nicht zum geringen Teil den „jungen Kerlen“ zu verdanken, die nicht erst, wie die „Graphischen Stimmen“ behaupten, „besonders seit Beginn des Weltkrieges den Weg vom dunklen Drang zum praktischen Handeln gefunden haben“, sondern schon viel, viel früher, schon zu einer Zeit, wo der Medakteur der „Graphischen Stimmen“ kaum den ersten Schritten entwachsen war, wie ihre Tätigkeit in der Buchbinderbewegung beweist. Auf diesen Umstand ist es jedenfalls auch zurückzuführen, daß der gute Mann von Zeit zu Zeit immer wieder seine glänzende Unkenntnis über Vorgänge in der Buchbinderbewegung bekundet, wobei wir uns eines verzeihenden Achselns nicht erwehren können, aber die bedauerntwerten Mitglieder seines Verbandes und die dadurch bewirkte Erschwerung praktischen Zusammenarbeitens zwischen den verchiedenen Gewerkschaftsrichtungen beklagen. Denn nach unserer Ueberzeugung haben die Gewerkschaften besseres zu tun, als sich angeichts der immer offener zutage tretenden arbeitereindlichen Tendenzen in den Reihen der Scharmacher und ihrer Bundesgenossen zu befassen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir uns ausnahmsweise einmal mit den Angriffen der „Graphischen Stimmen“ beschäftigen. Werden diese unsere Erwiderung ihren Lesern sinngetreu zur Kenntnis geben? Warten wir ab!

Arbeitslosigkeitsstatistik. Für die im Monat Juli für das Statistische Amt erfolgte Aufnahme über den Umfang der Arbeitslosigkeit haben die Verwaltungen der Zahlstellen in Freiburg i. Br., Gotha, Hildesheim, Kuhl und Weissenfels die üblichen Berichtslarten leider nicht eingegandt. Diese fünf Zahlstellen mit zusammen 57 männlichen und 5 weiblichen Mitgliedern sind deshalb in der nachstehenden Schilderung des Ergebnisses außer Betracht gelassen.

In den an der Berichtserstattung beteiligten 114 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 6176 männlichen und 11332 weiblichen, insgesamt also 17508 Mitgliedern, waren am Stichtage, dem 29. Juli, 117 männliche und 806 weibliche am Ort befindliche, sowie 9 durchreisende, insgesamt also 932 Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 2,0, bei den weiblichen 7,1 und bei beiden zusammen 5,3 Arbeitslose. Der Umfang der Arbeitslosigkeit hat sich also gegenüber dem Vormonat, mit 5,2 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 2,0 bei den männlichen und 7,0 bei den weiblichen — kaum verändert.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtage (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder						
	m.	w.	zuf.	1914		1915		1918		
				m.	w.	m.	w.	m.	w.	
Juli . . .	220	1713	1933	3,0	15,7	10,7	3,7	3,5		
August . . .	202	1592	1794	2,7	14,4	9,7	39,9	3,7		
September . . .	167	1489	1656	2,5	13,9	9,5	34,1	3,0		
Oktober . . .	148	1335	1483	2,2	12,2	8,4	24,0	2,3		
November . . .	109	1191	1300	1,6	10,9	7,4	17,2	2,0		
Dezember . . .	144	906	1050	2,3	8,6	6,2	13,8	3,2		
							1916		1915	1914
Januar . . .	118	940	1058	1,9	8,9	6,3	12,8	3,4		
Februar . . .	128	988	1116	2,1	9,1	6,5	9,6	3,5		
März . . .	95	817	912	1,6	7,5	5,4	8,2	3,0		
April . . .	113	765	878	1,8	7,0	5,1	10,0	2,9		
Mai . . .	99	808	907	1,6	7,2	5,2	10,4	2,9		
Juni . . .	122	777	899	2,0	7,0	5,2	10,6	3,5		
Juli . . .	125	807	932	2,0	7,1	5,3	10,7	3,7		

Zum Seeresdienst sind im Juli 92 Mitglieder eingezogen. Insgesamt sind damit seit Beginn des Krieges 8628 Mitglieder bei uns zum Militär abgemeldet und 489 Mitglieder standen schon vorher beim Heere. Abzüglich der Gefallenen und der inzwischen als entlassen zurückgemeldeteten stehen jetzt noch 7874 unserer Mitglieder beim Militär.

Als gefallen sind bisher 592 Mitglieder in der Ehrenrolle der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht.

Sprüche der Erkenntnis.

Nach meiner Ansicht, wie auch nach Ansicht der Organisation, deren Sekretär ich bin, ist dieser Krieg nicht das Werk irgendeiner der kriegführenden Nationen. Der Krieg war unvermeidlich geworden dank der allgemeinen Politik des ökonomischen Imperialismus, bei der viele Nationen nur von dem Wunsche der ökonomischen Herrschaft über Europa und der Besitzergreifung der wichtigsten Märkte der Welt erfüllt waren. Die Kriegsgefahr, unter der wir länger als zehn Jahre standen, war eine Folge der allgemeinen Politik des ökonomischen Imperialismus.

Werke im. Sekretär der französischen Metallarbeiterföderation.

Korrespondenzen.

Krefeld (Rhld.). Die hiesige Zahlstelle hielt am Samstag, den 5. August, im Volkshause ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Eingangs der Versammlung wurde vom Vorsitzenden Kollegen Bauer auf das Hinscheiden des früheren Verbandsvorsitzenden unter Würdigung seiner Verdienste um die Arbeiterbewegung hingewiesen. Sein Andenken wollen wir daher in Ehren halten. Hierauf erstattete Kollege Bauer den Geschäftsbericht: Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 2. Quartals 46, davon 36 männliche und 10 weibliche, also drei mehr als im 1. Quartal. Kollege Bauer erwähnt, daß durch den Krieg unsere Gemeinchaften ihre Agitation nicht so richtig ausführen könnten. Er ermahnte die Mitglieder, in ihren Betrieben die Interessen des Verbandes hochzuhalten und weiterzuführen und treu zusammenzuhalten, denn dadurch nur könnte etwas erreicht werden.

Nach dem Geschäftsbericht erstattete Kollege Busch den Kassenbericht. Die Zentralkasse balancierte im Einnahme und Ausgabe mit 577,89 M. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des 1. Quartals einen Bestand von 609,43 M., im 2. Quartal eine Einnahme von 77,19 M., macht zusammen 686,62 M. Hiergegen Ausgaben im 2. Quartal 116,30 M., so daß am Schlusse des 2. Quartals ein Bestand von 570,32 M. bleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Dann gab Kollege Bauer den Kartellbericht. Am Anfang des Krieges waren in Krefeld 8341 Gewerkschaftsmitglieder organisiert, zum Militär eingezogen wurden 3629, ausgetreten sind 2249, es bleibt somit noch ein Bestand von 2663 Mitglieder. Weiter berichtet er über Massenpfeilungen, die Preisprüfungsstelle, über das Mietschiedsamt und seine Tätigkeit in harter, sachlicher Weise. Zum Schlusse erwähnte Kollege Bauer, daß der Deutsche Metallarbeiterverband sein 25jähriges Bestehen begeht und würden die Mitglieder auf Sonntag, den 6. August, ins Volkshaus eingeladen, wo dessen hiesige Zahlstelle das Stiftungsfest feiert.

München. Zu einer Arbeitseinstellung kam es am Freitag, den 8. August, bei der Firma Grimm u. Bleicher, Großbuchbinderei in der Dachauerstraße. Die Ursache dieses in der Zeit des Bürgerkriegs als ungenügend zu beziehenden Ereignisses ist darin zu erblicken, daß der Inhaber der Firma, Herr Bleicher, sich zu beleidigenden Äußerungen gegen das Personal hatte hinreißen lassen, die das Personal sich nicht gefallen lassen konnte, wenn anders es nicht jede Ehre und Selbstachtung einbüßen wollte.

Das Personal klagte schon seit längerer Zeit darüber, daß Herr Bleicher, der sehr erregt ist, bei jeder Gelegenheit und bei jedem Fehler, wie er schließlich überall mal vorkommt und im Arbeitsprozeß manchmal unvermeidlich ist, in ausfälligen Äußerungen und Beschimpfungen sich erging, die nicht etwa den Unglücklichen trafen, dem das Malheur passiert war, sondern allgemein das Personal betrafen, das gar nicht dafür konnte. Speziell die älteren Leute, welche 12 bis 15 Jahre im Geschäft sind, mußten derartige Ausbrüche über sich ergehen lassen, wobei es zu Ausdrücken kam, die sich niemand gefallen lassen kann und die wir aus Rücksicht für Herrn Bleicher nicht wiedergeben wollen. Am Donnerstag war nun auch wieder ein solcher Ausbruch erfolgt und das Personal sahte daher endlich den Entschluß, sich diese Behandlung nicht mehr gefallen zu lassen. Es wurde daher am Freitagmorgen eine Kommission zu Herrn Bleicher geschickt, die ihm vorstellte, daß das gesamte Personal sich solche Beleidigungen verbiete. Das Personal war auch um denselben so sehr erbittert, weil ihm bei jeder Gelegenheit die Forderungszulage vorgehalten wurde, die es bisher noch gar nicht bekommen hatte. Ganz besonders mußte es verbitternd wirken, daß ein Kolat herausgehängt war, wonach die Forderungszulagen erst dann bezahlt würden, wenn das auch von allen anderen Firmen gegeben würde. Danach brauchte also nur irgend eine kleine Firma, die vielleicht alle Jubeljahre einen Gehilfen hat, seine Forderungszulage zu gewähren, so wäre das ein Grund für die große Firma Grimm u. Bleicher, die allseitig als notwendig erkannte Zulage auch nicht zu gewähren. Herr Bleicher wollte zunächst die Kommission nicht empfangen, sondern vertröstete sie auf den Abend, dann auf den Mittag. Dadurch wuchs nun noch mehr die Erregung, und als es schließlich doch zu einer Aussprache mit der Kommission kam, wurde Herr Bleicher wieder derartig ausfällig, daß er sich schließlich zu dem bekannten Zitat aus Gög v. Perlichingen hinreißen ließ, mit Polizei und Militär drohte und den Betrieb schließen wollte. Das schlug nun vollends dem Faß den Boden aus und das gesamte Personal des Betriebes in der Dachauer Straße verließ die Stätte ihres Schaffens. Die Arbeiter wandten sich natürlich an ihre zuständigen Organisationen, den Deutschen Buchbinderverband und den Graphischen Zentralverband, während Herr Bleicher das Tariffchiedsgericht anrief und auf Tarifbruch klagte.

Die Organisationsvertreter waren auch bald zur Stelle und rügten zunächst sachgemäß, daß die zuständigen Tarifinstanzen nicht eingehalten seien, mußten aber anerkennen, daß das Personal angeichts der Schwere der Beleidigungen nicht wohl anders handeln konnte, da diese ja schon auf Grund der Gewerbeordnung zum sofortigen Austritt berechtigten und somit auch kein Tarifbruch vorliege.

Die Organisationsvertreter suchten nun bei der Firma zu vermitteln, es wurde ihnen aber mitgeteilt, daß bereits nachmittags 3 Uhr eine Sitzung des Tariffchiedsgerichts in den Räumen des Buchdruckervereins tagen würde. Das Tariffchiedsgericht trat denn auch pünktlich zusammen, wo Herr Bleicher seine Klage vorbrachte, aber zugeben mußte, daß er in seinen Ausdrücken zu weit gegangen sei und diese mit Bedauern zurücknähme. Das Schiedsgericht kam nach Anhören der Beteiligten und einem ruhigen und sachlichen Verfahren nicht zu der Auffassung, daß es sich in diesem Fall um einen Tarifbruch handele, wenn auch die Art, wie die Arbeiterschaft die Verhandlung mit Herrn Bleicher eingeleitet habe, nicht ganz einwandfrei sei. Das erklärte sich aber aus der schon lange vorherrschenden Verbitterung, die an dem Tage zum Ausbruch kam. Es kam zu folgendem Urteil: Herr Bleicher nimmt seine Äußerungen mit Bedauern zurück, die Arbeiter nehmen am Samstagmorgen die Arbeit wieder auf und die Firma ist gehalten, den im festen Lohn Beschäftigten die Hälfte des Lohnausfalles beim nächsten Lohnstag zu bezahlen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Am Abend fand eine glänzende besuchte Versammlung der Arbeiterschaft statt, an der auch das ganze Personal des Betriebes in der Lohstraße teilnahm. Dieses Personal wollte sich am Morgen dem allgemeinen Austritt anschließen, da dort die gleiche Verbitterung bestand, wurde aber von diesem Schritt durch die Verbandsleitung abgeraten und nur gebeten, abends an der gemeinsamen Versammlung teilzunehmen. Kollege Groenhoff erstattete Bericht über die Verhandlungen. Er empfahl den Mitgliedern, am folgenden Morgen die Arbeit wieder aufzunehmen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser elementare Ausbruch seine Früchte tragen und zu einer anständigeren Behandlung führen möge. Es sei natürlich Pflicht jedes einzelnen, im Betrieb seine Schuldigkeit zu tun und Fehler zu vermeiden. Das liege auch im Interesse unserer Bewegung, denn bei jeder Tarifbewegung spielt die Frage der Arbeitsleistung eine bedeutende Rolle. Wenn nun auch

bei der Arbeitseinstellung nicht alles so gehandhabt wurde, wie es der Tarif und das Statut vorschreibt, was von Seiten der Leitung zu tadeln sei, so freute ihn persönlich doch die Einmütigkeit und Geschlossenheit, mit der das Personal zusammenhält. Das verbürge für die Zukunft ein gutes Beispiel und Erfolg verheißendes Vorgehen bei zukünftigen Bewegungen. Von Seiten der Prinzipale ist bei den Feuerungs-Verhandlungen mehrfach gerügt worden, daß die Arbeiterchaft in unserem Gewerbe ihre Tarife nicht durchzusetzen vermochte. Das Beispiel bei Grimm u. Weicher hat gezeigt, daß die Kollegenchaft zur Stelle ist, wenn es sein muß. In diesem Sinne stets für die Organisation zu agitieren, muß aller Mitglieder höchste Pflicht sein.

Die übrigen Mitglieder des Schiedsgerichts schlossen sich den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen an und empfahlen gleichfalls die Wiederaufnahme der Arbeit. Es wurde sodann noch ein Arbeiterauschuß gewählt und beschloßen, dieses der Firma mitzuteilen, damit in Zukunft eine ordnungsgemäße Vertretung vorhanden ist und solche Schritte möglichst vermieden werden. Sodann fand die Versammlung und damit auch dieser Ausständ seinen Abschluß. L. Groenhoff.

Rundschau.

Reichskanzler und Gewerkschaften. In einer Königsberger Rede hat der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Legien, folgende richtigen Mitteilungen gemacht:

Er habe sich mit dem Reichskanzler über das Verhältnis der Gewerkschaften nach dem Kriege unterhalten. Der Reichskanzler habe gemeint, ob es nicht möglich sei, eine einheitliche Arbeiterorganisation zu schaffen. Das habe er, Legien, verneint. Die Gewerkschaften seien unter dem Einfluß politischer Parteien entstanden, und dieser lebendige politische Einschlag müßte erhalten bleiben. Ein Kartellverhältnis, das der Reichskanzler angeregt habe, könnte möglich sein, doch damit wäre es vorbei, wenn die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des Zentrums für Zölle und indirekte Steuern eintreten würden. Durch den sozialistischen Geist seien unsere Organisationen über die Gewerkschaften anderer Länder weit hinausgewachsen. — Die Gewerkschaften betrachten das neue Vereinsgesetz als eine kleine Abschlageszahlung auf das, was nach dem Kriege für die Arbeiter geschaffen werden müßte. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit.

Es ist überaus bedeutsam, daß der Reichskanzler Maßnahmen das Wort redet, von denen er sich wohl auch einen gewissen mäßigenden Einfluß auf den Gang der zukünftigen sozialen Kämpfe verspricht, die aber zweifellos die in der Zusammenfassung liegende Stärkung der deutschen Arbeiterorganisationen mit sich bringen müßten. Herr v. Bethmann gehört also nicht oder nicht mehr zu jenen, die die Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung wünschen und sie eher noch gefördert als beseitigt sehen möchten. In diesen Kreisen, die sich völlig mit den Gegnern der Bethmannschen Kriegspolitik decken, wird man wohl nicht ermannen, von den Mitteilungen Legiens ähnlichen Gebrauch zu machen, wie von denen Scheidemanns über des Kanzlers Stellung zur Kriegsziele- und Annexionsfrage. In den Massen der organisierten Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten und allen ihnen nahestehenden Volksschichten aber werden diese Äußerungen des Reichskanzlers sympathisch begrüßen müssen.

Die „Soziale Praxis“ schreibt u. a. zutreffend hierzu:

„So konnte der Reichskanzler für seine Anregung keinen besseren Zeitpunkt wählen. Die gesamte Arbeiterchaft rechnet mit schweren Kämpfen um Gleichberechtigung und Lohnhöhe nach dem Kriege, der die Gewerkschaften geschwächt, die Arbeitgeberverbände unerschüttert gelassen und die Machtmittel des Unternehmertums gewaltig gestärkt hat. Die Aussicht, unzeitig in die neue Zeit zu gehen, ist den besten und weitestblickenden Arbeiterführern in allen Lagern der unabhängigen Arbeiterbewegung unerträglich.“

Das Kriegsernährungsamt hat zu Beginn des dritten Kriegsjahres eine Kundgebung an die Verteidiger des Vaterlandes in der Heimat erlassen, der sich die größten wirtschaftlichen Interessenvertretungen Deutschlands vollinhaltlich angeschlossen haben: die Vertretungen von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, von Arbeitgebern und Arbeitern. Wir finden neben dem Bund der Landwirte und dem Zentralverband Deutscher Industrieller die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. In dieser Kundgebung liegt deutlich ausgesprochen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit fest entschlossen ist, wirtschaftlich weiter durchzuhalten. Diese Kundgebung erfolgt zu einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten

einen recht merkwürdigen Höhegrad erreicht haben. Je mehr bisher die Verlegenheiten wuchsen, desto mehr sammeln wir auf Mittel und Wege, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Auch für die Zukunft kann gesagt werden: Noch Schweres steht uns bevor. Wir haben aber auch jetzt noch neue Mittel und Wege, um über noch schwierigere Zeiten hinwegzukommen.

Wir wollen aber nicht unterlassen, dazu den dringenden Wunsch zu äußern, daß das Kriegsernährungsamt alles tut, um nicht große Mengen von Lebensmitteln verderben zu lassen, wie es jetzt beispielsweise bei den neuen Kartoffeln geschieht, wo durch den unsinnig hohen Preis von 10 Mk. pro Zentner die Landwirte geradezu angezerrt wurden, halbreife Kartoffeln weit über den Bedarf auf den Markt zu bringen.

Dochberzige Stiftung. Wie die Berliner Blätter auf Grund einer Mitteilung des Magistrats berichten, hat der jüngst verstorbene Herausgeber der „Papier-Zeitung“, Herr Geheimrat Dr. ing. Carl Hofmann, der Stadtgemeinde Berlin den Betrag von einer Million Mark mit der Auflage vermacht, dieses Kapital nach ihrem Ermessen zur Erhaltung, Erziehung und Ausbildung unehelicher Kinder ohne Unterschied der Religion zu verwenden. Der Magistrat hat die Annahme des Vermächtnisses beschlossen.

Literarisches.

Die Glode, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Farbus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene zwanzigste Heft des zweiten Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: August Winnig: Taktik und Klassenkampf. Ernst Feilmann: Der Kern des Streites. Emil Kloth: Die Neutralität der Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. A. Tosi: Zehn Jahre Volksvertretung in Rußland (II. Teil). Glossen: Wirkame Internationale nach dem Kriege; Materialistisch-superlativische Moralfabrikerei. Die Woche. Aus unserer Sammelmappe. Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Anzeigen

Lüchtige Fertigmacher und Handpresser

für dauernde Arbeit sofort gesucht.
Großbuchbinderei Fritzsche A.-G.
Schöneberg, Bahnhofsstraße 30.
(Am Bahnhof Schöneberg.)

Für Buchbinder geeignet!

Kleines Papier- und Schreibwarengeschäft in bester Lage einer Universitätsstadt Mitteldeutschlands sehr billig zu verkaufen. In dem betreffenden Hause wohnte lange Jahre ein Buchbinder. Off. unt. **M. H. 387 an Kolonialkriegsdienst, Annonc.-Exp. Berlin W. 35.**

Vorzüglich erhaltene Schneidemaschine

(70 cm Schnittfläche, Fabrikat Diez & Lifting) gibt wegen Aufstellung einer größeren billig ab.
Buchdruckerei der Kyffhäuser-Zeitung in Zangerhausen.

Deutscher Buchbinder-Verband Zahlstelle München.

Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 10. August, starb unsere Kollegin
Berta Ziegelmaier
im Alter von 23 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Ehren-Tafel für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

Leipziger Mitglieder.

Am 14. April 1916 fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser Kollege

Curt Knopf

geboren am 28. September 1894 in Gaußsch, eingetreten in unseren Verband am 28. April 1912 in Leipzig.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz fiel unser Kollege

Hugo Arland

geboren am 11. Mai 1889 in Leipzig, eingetreten in unseren Verband am 12. November 1910 in Leipzig.

Am 16. Juni fiel auf dem östlichen Kriegsschauplatz unser Kollege

Paul Fellmann

geboren am 2. Juli 1892 in Leipzig, eingetreten in unseren Verband am 5. Mai 1911 in Leipzig.

Am 23. Juni fiel in Frankreich unser Kollege

Alwin Bayer

geboren am 28. November 1890 in Leipzig, eingetreten in unseren Verband am 2. Oktober 1915 in Leipzig.

Am 20. Juni fiel in Rußland unser Kollege

Paul Lehmann

geboren am 29. Januar 1890 in Nieder-Ramisch, eingetreten in unseren Verband am 17. August 1911 in Leipzig.

Am 10. Juni fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser Kollege

Eduard Kühnel

geboren am 8. Februar 1878 in Steinkönan, eingetreten in unseren Verband am 15. Oktober 1896 in der Schweiz.

Bei einem Patrouillengang im nördlichen Frankreich fiel am 1. Juli unser Kollege

Georg Lange

geboren am 15. Okt. 1889 in Leipzig, eingetreten in unseren Verband am 12. Oktober 1909 in Leipzig.

Am 13. Juli 1916 fiel bei einem Gefecht an der Somme unser Kollege

Paul Pinther

geboren am 10. Mai 1881 in Dresden, eingetreten in unseren Verband am 6. Sept. 1902 in Leipzig.

Am 15. Juli 1916 fiel bei den Kämpfen an der Somme unser Kollege

Karl Staate

geboren am 11. Juni 1887 in Leipzig, eingetreten in unseren Verband am 26. Mai 1906 in Leipzig.

Am 11. Juli 1916 fiel bei den Kämpfen an der Somme unser Kollege

Wilhelm Albrecht

geboren am 23. Dez. 1878 in Leipzig, eingetreten in unseren Verband am 15. Mai 1897 in Leipzig.

Am 19. Juli 1916 fiel bei den Kämpfen an der Somme unser Kollege

Karl Mardiche

geboren am 24. Dez. 1893 in Leipzig, eingetreten in unseren Verband am 8. April 1912 in Leipzig.

Am 23. Juli 1916 fiel bei den Kämpfen an der Somme unser Vorstandskollege

Max Landgraf

geboren 25. Februar 1876 in Schönef., eingetreten in unseren Verband am 1. Oktober 1897 in Leipzig.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!